



PETER GUT

BRASILIENS SCHICKSAL LIEGT IN SEINER HAND

ZUSCHRIFTEN VON LESERINNEN UND LESERN

Flüchtlingseind
in Griechenland

Der Beitrag von Elena Panagiotidis über die Behandlung von Flüchtlingen und Migranten in Griechenland (16. 6. 14) ist ein echter NZZ-Beitrag mit klarer Aussage, überprüften Hintergrundinformationen und glaubwürdigem moralischem Anliegen. Anzuregen bleibt allerdings, dass auch vergleichbare Beiträge über die sich die Hände in Unschuld waschenden Länder Mittel- und Nordeuropas geschrieben werden sollten. Auch in Berlin tut man sich schwer mit viel weniger Flüchtlingen. Was geschieht, wenn noch mehr kommen, was zu erwarten ist angesichts der sich zuspitzenden Konflikte im Nahen Osten und in Osteuropa? Den Ländern an den Aussengrenzen der EU müssen die anderen EU-Länder solidarisch zur Seite stehen. Notwendig ist ein Verteilungsschlüssel, sonst verschlimmert sich die Situation eher noch.

Burkhard Sellin, D-Berlin

Ein ausgezeichneter, sachlicher Bericht mit Zahlen und genauen Angaben, der sowohl die allgemeine menschenunwürdige Situation des Asylsystems in Griechenland beschreibt als auch anhand von bedrückenden Einzelschicksalen die Widersinnigkeit und Hoffnungslosigkeit dieser Inhaftierungen ahnen lässt (NZZ 16. 6. 14). Werden die Menschen jemals in ihrem Leben solche traumatischen Erfahrungen verarbeiten können? Viele Asylbewerber(innen) warten schon seit 6, 7, 8 Jahren ohne Grundversorgung auf einen Asylbescheid. Die treffende Überschrift sagt alles! Das Europa der Menschen-

rechte verschliesst seine Augen vor dieser Realität und zeigt in den griechischen Internierungslagern und in dem ganzen Asylsystem ein hässliches Gesicht.

Ich habe den Bericht vielfach weitergeleitet. Danke für diese mutige und umfassende Recherche! Danke der NZZ für diese Reportage!

Dorothee Vakalis, Thessaloniki
Pfarrerin i. R.,Egomanin
Indira Gandhi?

Der Artikel von Urs Schoettli in der NZZ vom 5. 6. 14 («Indiens zweite Unabhängigkeit») darf, was die Beurteilung von Indira Gandhi betrifft, nicht unkommentiert bleiben. Dies nicht deshalb, weil der Inhalt kritisch ist. Stossend sind vielmehr der von Animosität erfüllte Ton und die Tatsache, dass Schoettli starke persönliche Abqualifizierungen Indira Gandhis aneinanderreihet. «Egomanie», «politische Rücksichtslosigkeit sondergleichen», «grenzenloser Machtwille und hochgradige Paranoia»: Wer mit solchen Begriffen um sich wirft, muss seine Quellen nennen. Unabdingbar ist auch eine Auseinandersetzung des Schreibenden mit bereits vorliegenden Publikationen über Indira Gandhi als Premierministerin und Person. In einem Beitrag, der eine Zeitungssseite einnimmt, sollte das möglich sein. Dem Artikel fehlen analytische Arbeit, Reflexion, überlegte Wortwahl. Eines früheren Korrespondenten für Indien wie auch der NZZ als Qualitätszeitung ist eine solche Publikation, die den Charakter einer Abrechnung hat, nicht würdig.

Albertine Trutmann, Zürich

Klärung
um den Lebensborn

Endlich einmal ein Zeitungsartikel über den Lebensborn e. V., der mit den in den Medien immer wieder wiederholten Legenden um diesen Verein aufräumt (NZZ 16. 6. 14)! Sicherlich war der Lebensborn ein verbrecherisches Instrument der menschenverachtenden nationalsozialistischen Bevölkerungspolitik;

selbst an der «Eindeutschung» geraubter Kinder fremder Völker war er beteiligt. Aber er hat keine bordellartigen Zuchtanstalten betrieben. Über die entsprechenden, im Artikel zitierten Behauptungen von Sibylle Lewitscharoff und dem Moderator der ARD-Sendung «Titel – Thesen – Temperamente», Max Moor, habe ich mich sofort als Vorsitzende des Vereins «Lebensspuren» im Namen der Lebensborn-Kinder schriftlich beschwert und um Richtigstellung gebeten – habe aber bis heute noch keine Antwort erhalten.

Astrid Eggers, D-Stollberg

Erst seit Ende 2011 weiss ich, dass ich ein Lebensborn-Kind bin. Seitdem habe ich über den Lebensborn reichlich Bücher und Artikel gelesen. Es ist kaum zu glauben, welche Geschichten einem da präsentiert werden! Der NZZ-Artikel von Joachim Güntner über den Lebensborn ist der erste, bei dem ich nicht sofort den Griffel ansetze, um die Fehler und die Unverschämtheiten anzustreichen. Ihm ist es gelungen, auf verhältnismässig geringem Raum das Wichtigste ungeschönt mitzuteilen. Das Konstrukt Lebensborn ist m. E. schon Sensation genug, da muss man nichts hinzudichten.

Gudrun Eussner, F-Perpignan

Winterthur leidet an
strukturellen Defiziten

Obwohl aus Kreisen von Politik und Wirtschaft die strukturellen Defizite der Stadt Winterthur bereits vor über 20 Jahren kritisiert wurden, handelte der Stadtrat bisher nicht. Nun soll das Rezept zur Genesung der Finanzen Winterthurs Personalabbau, Lohnreduktion und Steuererhöhung sein, altbekannte Massnahmen also, die schon einmal erfolglos verwendet wurden (NZZ 18. 6. 14). Wenn der Winterthurer Stadtrat das Übel nicht endlich an der Wurzel packt und die strukturellen Defizite angeht, wird Winterthur nie genesen können. Das in den vergangenen 20 Jahren abgeflossene Steuersubstrat u. a. infolge Schrumpfung der Industrie kann mitnichten mit Steuererhöhungen kompensiert werden, dies ist vielmehr Gift für den Wirtschaftsstandort Winterthur. Die Strukturen Winterthurs entsprechen im-

Neuanfang
auf dem Üetliberg

Der Versuch, die illegal erstellten Neubauten mithilfe der Politik zu retten, ist gescheitert. Von Adi Kälin

Giusep Fry sieht sich gern als Wohltäter. Auch in der neusten Pressemitteilung, mit der er auf den für ihn negativen Entscheid des Bundesgerichts reagiert, verweist er recht weinerlich auf die vielen Leistungen, die er für die wandernde Öffentlichkeit erbringe: Diese dürfe gratis auf seinen privaten Aussichtsturm, dürfe seine Toilettenanlagen benutzen, dürfe sich bei ihm verpflegen und sogar ein bisschen Abfall hinterlassen. Das ist, mit Verlaub, natürlich Blödsinn. Kein Bergwirt auf der ganzen Welt sperrt die Gäste vom Aussichtsturm aus, und jeder lässt sie das WC benutzen. Denn schliesslich konsumieren diese Leute, die vor allem bei schönem Wetter in Massen kommen, auch einiges und füllen die Kasse des Wirts.

Fry ist kein Wohltäter und muss das auch nicht sein. Dafür ist er ein cleverer Geschäftsmann, der aus dem unscheinbaren Ausflugsrestaurant auf dem Zürcher Hausberg eine gut geölte Ausflugs- und Event-Maschine geschaffen hat. Gesamthaft beschäftigt er heute 120 Mitarbeiter. Fry hat aber auch in unverfrorener, dreister Art gegen unzählige Gesetze und Bauvorschriften vorstossen. 2002 hatte er den Betrieb noch völlig legal um eine grosse Hotelanlage erweitert. Schon damals teilte ihm die Baudirektion mit, dass nun das zulässige Mass erschöpft sei, denn schliesslich liegt der Baugrund in der Landwirtschaftszone. Daraufhin erstellte Fry die folgenden Umbauten einfach ohne Bewilligung. Es handelt sich dabei nicht um Kleinigkeiten: Unter anderem wurde die gesamte Südterrasse überdacht, die heute unter dem Namen «Bellezza» als grösster Innenraum der Anlage angepriesen wird. Bis 300 Personen können darin bewirtet werden.

In der Politik stiess Fry trotzdem immer auf sehr viel Goodwill. Man wollte den Gipfel mithilfe von Richt- und Gestaltungsplan umzonen und so die illegal erstellten Bauten nachträglich bewilligungsfähig machen. Fry sollte dafür zusätzliche Leistungen für die Öffentlichkeit erbringen. Das schien ein durchaus gangbarer, vernünftiger und verhältnismässiger Weg zu sein. Und der erste Entwurf stiess auch auf breite Unterstützung. Nach der Überarbeitung allerdings sollte Fry nun wieder so manches erlaubt werden, das in der öffentlichen Diskussion heftig umstritten war – inklusive der Helikopterflüge. In dieser neuen Version war der Gestaltungsplan rechtlich nicht mehr zu halten. Es kam zur brisanten Konstellation, dass dies ausgerechnet der Gesamtregierungsrat (als Rekursinstanz) dem Baudirektor erklären musste. Und der Regierungsrat war sehr deutlich: In zentralen Punkten verstopfte der Gestaltungsplan gegen die Schutzziele, die der Eintrag des Gebiets im Bundesinventar für schützenswerte Landschaften nach sich ziehe. Die Terrassen, der Fluchtsteg, die Helikopterflüge dürften vom Gestaltungsplan nicht wie vorgesehen erlaubt werden. Und schliesslich verstopfte der Gestaltungsplan gegen das Waldgesetz, den Schutz der Aussichtspunkte und gegen einzelne Punkte im Richtplan. Damit war eigentlich bereits klar, dass Fry auf politischem Weg nicht mehr geholfen werden kann. Die Hoffnung, den Abbruch so lange hinauszuzögern, bis der Gestaltungsplan rechtskräftig würde, hatte sich zerschlagen. Darum hat sich auch das Bundesgericht gegen eine Sistierung des Abbruchbefehls ausgesprochen.

Der Abbruch ist zwar eine harte Massnahme und hat unter Umständen einschneidende Konsequenzen. Man muss dies aber dem Grundsatz der Rechtsgleichheit gegenüberstellen. Jedes Dachfenster, das ohne Bewilligung erstellt wird, muss zurückgebaut werden. Und auch eine Nachbarin von Fry auf dem Üetliberg, die mit Verweis auf die illegalen Bauten auf dem Gipfel für ihr Event-Zelt kämpfte, hatte vor Gericht keine Chance. Das Zelt musste weg. Das gilt nun auch für Frys illegale Erweiterungen. Dem umtriebigen Geschäftsmann ist allerdings zuzutrauen, dass er auch aus der neuen Situation das Beste herausholen wird. Wenn er die neu-alte Sonnenterrasse gebührend anpreist und bewirtschaftet, wird er wohl auch vermehrt wieder auf jene Kundschaft zählen können, die den Üetliberg-Gipfel in den letzten Jahren gemieden hat – nicht nur wegen des aufgeblähten Seminarbetriebs, sondern vor allem wegen der nicht enden wollenden Querelen.

AN UNSERE LESERINNEN
UND LESER

Wir danken allen Einsenderinnen und Einsendern von Leserbriefen und bitten um Verständnis dafür, dass wir über nicht veröffentlichte Beiträge keine Korrespondenz führen können. Kurz gefasste Zuschriften werden bei der Auswahl bevorzugt; die Redaktion behält sich vor, Manuskripte zu kürzen. Jede Zuschrift an die Redaktion Leserbriefe muss mit der vollständigen Postadresse des Absenders versehen sein.

Redaktion Leserbrief
NZZ-Postfach
8021 Zürich, Fax 044 252 13 29
E-Mail: leserbriefe@nzz.ch

mer noch jenen aus den 1970er und 1980er Jahren, welche allein schon wegen der globalen Einflüsse überholt und überfordert sind.

Fiele denn dem Stadtrat wirklich ein Zacken aus der Krone, wenn er sich einen freiwilligen Strategieausschuss aus Persönlichkeiten von Politik und Wirtschaft schaffen würde, ähnlich der einstigen «Werkstatt Winterthur»?

Hans-Jacob Heitz, Männedorf
alt Gemeinderat Winterthur

Winterthur gibt zu viel Geld aus, bezahlen müssen wieder einmal die Angestellten und alle Bürgerinnen und Bürger. Jeder Privathaushalt weiss, dass er nicht mehr ausgeben darf, als verfügbar ist. Die Stadt Winterthur geht anders vor: Wenn zu wenig Geld in der Kasse ist,

werden die Einnahmen mittels Steuern und Gebühren erhöht und wird beim Personal der Rotstift angesetzt.

Winterthur hat aber anscheinend genügend Geld für einen rostigen und verbauten Zaun bei der Kehrichtverbrennungsanlage, welcher mehr als 400 000 Franken kostete. Im Gebührentopf ist eben zu viel Geld vorhanden, also wird ein möglichst teurer Zaun erstellt.

Bereits möchte die Stadt Winterthur weitere Gebührenerhöhungen einführen, da das Geld nicht mehr reicht. Statt laufend die Gebühren und Steuern zu erhöhen, sollten zuerst unvernünftige Ausgaben verhindert werden. Oder können Sie einfach zu Ihrem Chef gehen und sagen: Ich brauche mehr Lohn für einen rostigen Zaun?

Ralph Bauert, Geschäftsführer
Hauseigentümerversand Region Winterthur